

Medard Kehl SJ

Gemeinde und politisches Handeln

Als die politisch sehr bewegten Jahre um 1970 herum allmählich ausklangen, machte sich in vielen Pfarrgemeinden und bei ihren Verantwortlichen eine gewisse Erleichterung bemerkbar. Denn den ständigen Herausforderungen durch politisch (meist links) engagierte Gruppen hatte man weithin ablehnend oder zumindest reserviert gegenübergestanden. Auf bedeutend mehr Verständnis trafen dann die zunehmend „frommer“ werdenden Strömungen in der kirchlichen Jugendszene; Meditation, Gebetskreise, liturgische Nächte, Musik und Spiel im Gottesdienst – das alles liegt eben dem religiösen Selbstverständnis unserer Gemeinden viel näher als politische Fragen. Allerdings blieb diese relativ „friedliche“ Zeit nur ein kurzes Zwischenspiel.

In den letzten Jahren hat sich auch innerhalb unserer Gemeinden, vor allem bei ihren jüngeren Mitgliedern, eine ganz neue politische Sensibilität entwickelt, die viel stärker biblisch-prophetisch und jesuanisch inspiriert ist, und die sich deswegen oft mit einer tiefen, gläubigen Grundoption verbindet. Gerechtigkeit für die Dritte Welt, verantwortlicher Umgang mit der Schöpfung, Abbau der gigantischen Rüstung, soziale Solidarität zur Behebung der Arbeitslosigkeit, Wachsamkeit gegen alle Formen von Ausländerfeindlichkeit: unter diesen und ähnlichen Programmen sammeln sich immer mehr Christen zu Meditation, Gebet, Reflexion und politischer Aktion. Mit solchen Gruppen tun sich unsere „normalen“ Gemeinden recht schwer; einerseits achten sie durchaus ihre christliche Motivation, andererseits aber halten sie die meisten ihrer Ideen für zu utopisch und unrealistisch, als daß sie sich ernsthaft darauf einlassen wollten. Darin dürfte sich eine doppelte Unsicherheit aussprechen: einmal die Frage, ob und wie weit die *Gemeinde selbst* politisch aktiv werden soll; zum anderen das Problem, nach welchen *Maßstäben* überhaupt der christliche Glaube sich mit konkretem politischem Handeln verbinden soll. Aus den Erfahrungen mit einigen politisch tätigen christlichen Gruppen möchte ich auf beide Punkte eingehen.

Die Gemeinde als Subjekt politischen Handelns?

1. *Sich lieber „heraushalten“?* Wenn es um bestimmte brisante politische Fragen geht, neigen viele unserer Gemeinden und ihre Verantwortlichen spontan dazu, sich erst einmal „herauszuhalten“. Denn der Konfliktstoff, der andernfalls freige-

setzt würde, könnte die Einheit der Gemeinde und das friedliche Zusammenleben der verschiedensten politischen Grundüberzeugungen empfindlich stören. Aber ist das „Heraushalten“ dann die richtige Alternative? Ich glaube nicht. Denn auch das „Sich-Heraushalten“ ist eine Form politischen Handelns: eben des stillschweigenden Laufenlassens und damit des (oft ungewollten) Unterstützens bestimmter herrschender Trends und Entwicklungen. Gerade die Erfahrungen unserer Gemeinden im Dritten Reich haben es überdeutlich gezeigt: Auch das Unterlassen von politischen Initiativen ist ein eminent politisches Tun und setzt sich – genauso wie das aktive Handeln – der Kritik der jeweiligen Gegenseite aus („Die Kirche soll sich aus der Politik heraushalten“: ein notorisches Argument im Mund all derer, die sich im Gegensatz zu der jeweiligen kirchlichen Option befinden, die aber nicht das mindeste dagegen hätten, wenn die Kirche sich im Sinn ihrer eigenen persönlichen Meinung öffentlich einsetzen würde).

Aber noch ein gewichtiges theologisches Argument spricht gegen das „Sich-Heraushalten“ der Gemeinde aus dem politischen Alltagsleben. Ich möchte es anknüpfen an ein schönes Wort der Kirchenväter: „Quod non est assumptum, non est redemptum“ – „Was nicht angenommen ist, ist auch nicht erlöst“. Es geht bei diesem Wort ursprünglich um die wahre menschliche Natur Jesu: Nur weil er ganz und gar Mensch wurde (und nicht ein göttlich-menschliches „Zwischenwesen“), ist das Menschsein „erlöst“ – d. h. von dem tödlichen Willen zur unbedingten Selbstbehauptung und der damit verbundenen Dynamik zur Selbstzerstörung grundsätzlich befreit. Weil Gott in Jesus Christus den Menschen als ganzen annahm, ist Menschsein erlöst zum sinnvollen Existieren.

Nun aber ist der politische Bereich, also die Regelung der privaten und öffentlichen Interessen im Sinn des Gemeinwohls, ein wesentlicher Bereich des Menschseins. Wenn also Erlösung des Menschen von Gott her ein umfassendes Geschehen ist, dann ist auch dieser Bereich von Christus „angenommen“ und befreit, genauso wie der Bereich der Arbeitswelt, der Wirtschaft, der Verwaltung usw. Überall ist von Christus der „Keim der Erlösung“ (oder: der „Sauerteig“ des Reiches Gottes) hineingelegt; in all diese „Erde“ (und gerade in ihre widerständigsten und härtesten Schichten!) ist das „Weizenkorn“ Jesus hineingefallen und gestorben, um darin (und nicht daneben und darüber) neues Leben, Reich Gottes erstehen zu lassen.

Dies ist dann auch der gültige Maßstab für all jene, die Jesus nachzufolgen versuchen: Quod non est assumptum, non est redemptum. Im Klartext: Wenn wir nicht bereit sind, alle menschlichen Bereiche voll und ganz „anzunehmen“, uns in sie – im Maß unserer Möglichkeiten – hineinzubegeben und in ihnen reale Zeichen des Reiches Gottes zu setzen, bringen wir nicht die „Frucht“, die Gott von denen erwartet, die sich dem Weg dieses „Weizenkorns“ anschließen (vgl. Joh 12, 23–26 mit Joh 15, 1–17!).

2. *Warum die Gemeinde?* Aber – so wird mancher einwenden – gilt dies alles

nicht in erster Linie für die einzelnen Christen an ihrem jeweiligen gesellschaftlichen Ort? Oder für bestimmte Gruppierungen von Christen (z. B. Verbände), die sich bewußt auch zu einem politischen Handeln zusammenschließen? Oder schließlich für die offiziellen Repräsentanten, die im Namen der Kirche politische Aussagen und Aktionen verantworten?

Zweifellos gibt es sehr verschiedene legitime Weisen des politischen Handelns von Christen, sei es der professionelle oder ehrenamtliche Einsatz christlicher Politiker, sei es die verbandliche Arbeit von Gruppen wie CAJ, KAB, Pax Christi usw., sei es die Mitarbeit einzelner in Parteien oder Bürgerinitiativen u. ä., sei es das öffentliche Eintreten von Heiligen, Propheten oder Amtsträgern für bestimmte christliche Grundwerte des menschlichen Zusammenlebens.

Das alles ist gut und sinnvoll, solange sich die Gemeinden bzw. die Ortskirchen als solche nicht deswegen von jedem aktiven politischen Handeln dispensiert glauben. Schließlich ist die konkrete Gemeinde der Glaubenden der letzte soziale Träger aller vier Grundvollzüge kirchlichen Handelns: Sie kann sich – bei aller Verschiedenheit der Ämter und Charismen – nicht aus ihrer Verantwortung für die Verkündigung des Wortes Gottes (Martyria), für die gottesdienstliche Feier (Liturgia), für die Sorge um die Notleidenden dieser Erde (Diakonia) und für die Ordnung ihres Zusammenlebens (Koinonia) stellen. Das politische Handeln ist zu allen Zeiten und in jeder Gesellschaftsform ein unverzichtbarer Teil der Diakonie der Kirche; und insofern die Kirche insgesamt auf ihrer jeweiligen Vollzugsebene (als Gemeinde, als Ortskirche, als Universalkirche) sich dem politischen Dienst in ihrer Umwelt aktiv stellt, kann sich dann – um der nötigen Effizienz willen – das Maß, der Inhalt und die Verantwortung des jeweiligen Handelns noch sehr differenzieren.

Das heißt natürlich nicht, daß deswegen jetzt alle politischen Aktivitäten von Christen „im Namen der Kirche“ geschehen müßten. Es geht hier einfach um die grundsätzliche Bereitschaft der Kirche und der Gemeinden, ihre gemeinsame, das Tun aller einzelnen und auch des Amtes tragende Mitverantwortung im politischen Handeln anzuerkennen. Nur eine politisch wache Kirche, die sich als Subjekt solchen Handelns versteht, wird auf Dauer auch das konkrete politische Handeln einzelner oder bestimmter Gruppen, Verbände oder ihrer amtlichen Repräsentanten wecken, motivieren und im Sinn der christlichen Botschaft „fruchtbar“ machen können. Denn was nützen alle Basisinitiativen oder auch politische Hirtenbriefe, wenn sie nicht aus einer politisch interessierten Kirche entspringen und in sie hineinwirken?

Diese Verantwortlichkeit der Gemeinde im politischen Handeln läßt sich auch theologisch rechtfertigen; entspricht sie doch der Botschaft Jesu vom Reich Gottes. Denn diese Verkündigung richtete sich nicht zuerst an interessierte einzelne oder Gruppen. Sein Adressat war Gesamtisrael, also das Volk Israel, das er zur Umkehr rief und zum neuen Volk Gottes sammeln wollte. Dieses neue Volk Gottes, das

nicht mehr aus dem Willen zur unbedingten Selbstbehauptung, sondern aus dem Willen Gottes und seiner Gerechtigkeit leben sollte, ist der eigentliche Träger des Reiches Gottes und seiner universalen Heilsverheißung. Die Kirche versteht sich als dieses neue Volk Gottes, in dem das Reich Gottes bereits „real-symbolisch“ anwesend ist. Von daher ergibt sich die Folgerung: Der Dienst an der universalen Vollendung des Reiches Gottes ist primär eine Sache des Volkes Gottes, also der Gemeinschaft der Glaubenden als solcher und nicht nur der einzelnen in ihr. Als Kirche, als die „Gemeinschaft der Nachfolge“ sind wir aufgerufen, für den Willen Gottes und seine Gerechtigkeit auf dieser Erde einzutreten, um in allen Bereichen menschlichen Zusammenlebens solche realen Zeichen des Reiches Gottes zu setzen.

Maßstäbe des politischen Handelns der Gemeinde.

Wie sieht nun ein solches politisches Handeln aus, das dem christlichen Glauben entspricht und das letztlich von der ganzen Gemeinde mitgetragen werden kann? Sicher hängt vieles von der jeweiligen konkreten Sachfrage und Situation ab. Die Frage, ob der Glaube dafür dann auch jeweils *inhaltlich* bestimmte, spezifisch christlich-politische Maximen bereitstellt oder nicht, können wir hier auf sich beruhen lassen. Sicher scheint mir, daß es vom Glauben her so etwas wie christlich bestimmte „Vorzeichen“ vor der „Klammer“ unseres an der praktischen Vernunft orientierten politischen Handelns gibt. Solche „Vorzeichen“ ändern zwar nicht die einzelnen Glieder in der „Klammer“ (politisch vernünftige Sachüberlegungen), wohl aber bestimmen sie entscheidend die „Gesamtsumme“ (das leitende vernünftige „Interesse“ und das Ziel) des politischen Handelns. Sie sind gleichsam strukturierende *Leitideen*, die in jedem konkreten inhaltlichen Handeln als letzter Maßstab zur Geltung gebracht werden sollten. Ich möchte hier fünf solcher Leitideen nennen, die mir gerade für das gegenwärtige politische Handeln der Gemeinde wichtig erscheinen.

1. *Politisches Handeln aus dem ersten Gebot des Dekalogs heraus:* „Ich bin Jahwe, dein Gott, der dich aus Ägypten herausgeführt hat, aus dem Sklavenhaus. Du sollst neben mir keine anderen Götter haben“ (Ex 20, 2f.).

Ein politisches Handeln, das sich an diesem Gebot ausrichtet, tritt entschieden gegen die Vergötzung, gegen die Absolutsetzung irgendwelcher nichtgöttlicher „Mächte und Gewalten“, Ideen, Programme und Werte ein, die auf Dauer die Menschenwürde und die menschliche Lebenswelt zerstören, z. B. die Absolutsetzung der Rasse oder einer bestimmten Gesellschaftsordnung oder eines bestimmten staatlichen oder ökonomischen Ideals. In unserer gegenwärtigen Gesellschaftsordnung scheinen z. B. die Werte der militärischen Sicherheit, eines qualitativ undifferenzierten wirtschaftlichen Wachstums und der damit verbundenen allge-

meinen Konsumsteigerung in den Sog solcher „Vergötzung“ zu geraten. Denn faktisch werden fast alle anderen gesellschaftlichen und ethisch-politischen Fragen diesen Zielen untergeordnet bzw. darauf hingeordnet. Gerade hier setzt dann die Forderung des ersten Gebots ein: Es ruft zur Wachsamkeit und zum Widerstand auf gegen solche unterschwelligen, fast selbstverständlich gewordenen „Vergötzungen“, die sich – oft aus guten Anfängen – mit der Zeit deswegen ergeben, weil sich bestimmte Zielvorstellungen verselbständigen und dadurch nicht mehr hinterfragbar werden.

2. *Politisches Handeln aus der Hoffnung auf das Reich Gottes heraus:* „Das Reich Gottes ist nicht Essen und Trinken, es ist Gerechtigkeit, Friede und Freude im Heiligen Geist“ (Röm 14, 17).

Woher nehmen wir Christen die Kriterien für eine Kritik an bestimmten politischen Leitzielen und ihrer Absolutsetzung? Woher können wir beurteilen, ob sie der Menschenwürde auf Dauer dienen oder nicht? Wir können zu einem solchen Urteil kommen aus dem Vergleich der größeren Nähe und Treue einer Zielvorstellung zu dem, was uns die Verheißung des Reiches Gottes auch an menschenwürdiger Gesellschaftsordnung nahelegt. Daraus ergibt sich nämlich ein recht eindeutiges Kriterium, nämlich die universale Gerechtigkeit zwischen reichen und armen Völkern dieser Erde bzw. innerhalb eines Volkes selbst.

Was folgt aus einer bestimmten politischen Leitvorstellung für die Armen dieser Erde? Verhilft sie ihnen zu mehr Gerechtigkeit? Natürlich wird es darüber auch unter Christen jeweils verschiedene Meinungen geben. Aber gerade da kommt alles darauf an, ob wir bereit sind zu einer harten, aber fairen Auseinandersetzung im Licht der Verheißung des Reiches Gottes; daß wir uns ehrlich und mit möglichst großem Sachverstand gegenseitig befragen lassen: Bei welcher Alternative an Leitvorstellungen und politischen Handlungsmaximen kommt dieses Reich Gottes, das gerade den Armen dieser Erde verheißen ist (vgl. Lk 6, 20), deutlicher, d. h. in größerer „realsymbolischer“ Intensität bereits innergeschichtlich zum „Vorschein“?

Daß wir hier keineswegs den Unterschied zwischen der innergeschichtlichen Gegenwart des Reiches Gottes (in der Weise von real vergegenwärtigenden „Zeichen“ = „realsymbolisch“) und seiner geschichtstranszendenten Vollendungsgestalt (in der Weise der endgültig und umfassend „versöhnten Schöpfung“, was „Auferstehung von den Toten“ einschließt) verwischen wollen, braucht nicht weiter betont zu werden. Es geht einfach darum, die Hoffnung auf das Reich Gottes auch innergeschichtlich im politischen Bereich handlungsfähig werden zu lassen. Und zwar jene Hoffnung Jesu, die nicht in einem apokalyptischen Defätismus alles Heil erst nach der völligen Vernichtung des alten Äon und der Aufrichtung eines radikal neuen Äon durch Gott erwartete, sondern die bereits in dieser Geschichte Zeichen des Neuen, eben des Reiches Gottes setzte. Gerade diese „Hoffnung, die die Erde liebt“, braucht unsere Gegenwart; denn weder die

Resignation der „Frommen“, die nichts wesentlich Neues im „Diesseits“ erwartet, noch die Hoffnungslosigkeit der (alten oder jungen) „Realisten“, die unsere Geschichte als ausweglose Katastrophengeschichte abschreibt, vermag „heilend“ zu wirken.

3. *Politisches Handeln aus dem Doppelgebot Jesu heraus:* „Welches Gebot im Gesetz ist das wichtigste? ... Du sollst den Herrn, deinen Gott, lieben mit deinem ganzen Herzen und mit deiner ganzen Seele und mit deinem ganzen Denken. Das ist das wichtigste und erste Gebot. Ebenso wichtig ist das zweite: Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst“ (Mt 22, 36–39).

Jesus trifft hier eine Unterscheidung zwischen „erstem“ und „zweitem“ Gebot, stellt aber beide in ihrer Wichtigkeit und Wertigkeit gleich. Das heißt: Die Befolgung dieser Gebote ist nur in der Einheit beider Gebote möglich; es gibt für Jesus keine Gottesliebe ohne Nächstenliebe und keine Nächstenliebe ohne Gottesliebe. Beides bedingt und trägt sich wechselseitig. Diese Einheit zu finden und ins Handeln umzusetzen, darin besteht die ganze Kunst des Christseins, gerade auch im Politischen. Heute gibt es in der Kirche Trends zu extremen Einseitigkeiten: der Rückzug in die fromme, kultisch zelebrierte Innerlichkeit ohne konkrete politische Verantwortung – das Vorpreschen in politische Aktivität ohne das Fundament einer gelebten Beziehung zu Gott. Christlich ist beides nicht; weder ein stilles, beruhigtes Verweilen beim Gebot der Gottesliebe noch ein schnelles Überspringen dieses Gebots, um möglichst bald „zur Sache“ zu kommen, d. h. zum politischen oder sozialen Engagement.

Es hängt gerade für unsere politische Nächstenliebe als Christen entscheidend viel von diesem „ersten“ Gebot im Rahmen des Doppelgebots ab. Wo dies zu schnell als „erledigt“ betrachtet wird, wo es nicht aus ganzem Herzen, aus ganzer Seele, aus ganzem Denken heraus gelebt wird, da nimmt unser politischer Einsatz unter der Hand bei uns doch wieder die Stelle Gottes ein: Wir setzen einen neuen Götzen gegenüber den alten Götzen ein, nämlich unser politisches Engagement, unsere politischen Ziele, von denen wir dann gleichsam das Heil für unsere Erde erwarten.

Wie aber läßt sich dieses erste Gebot Jesu realisieren? Wie kann man Gott aus ganzem Herzen lieben? Eine entscheidende Weise wird uns von den alttestamentlichen Propheten, von Jesus und von der ganzen spirituellen Tradition der Kirche her überliefert: das *Gebet*. Und zwar das lange, das stundenlange Gebet vor diesem Gott, das Schreien zu diesem Gott, das Weinen vor diesem Gott, das Fasten vor diesem Gott, aber auch das Jubeln und Singen und Spielen vor diesem Gott. Das ganze Leben ihm „aussetzen“, vor ihm ausharren und alles ihm darbieten, ihn in alle Bereiche unseres Lebens eindringen lassen, uns gleichsam von ihm „imprägnieren“ lassen – das heißt: ihn lieben aus ganzem Herzen.

Aus diesem Tun heraus politisch handeln und das politische Handeln wiederum diesem Gott aussetzen und ihm „darbringen“ – das ist die ureigenste Sache der

Christen und ihrer Kirche. Wer das nicht vermag, wer es nicht immer wieder hartnäckig und intensiv versucht, kann nicht für sich in Anspruch nehmen, als Christ oder als Gemeinde oder als kirchliche Gruppe bzw. Vereinigung politisch zu handeln. Wer es dennoch tut, zahlt mit falschen Wechseln, die nicht gedeckt sind; und das schadet dem Reich Gottes mehr als es ihm nützt.

4. *Politisches Handeln aus dem Gebot der Feindesliebe heraus:* „Ihr habt gehört, daß gesagt worden ist: Du sollst deinen Nächsten lieben und deinen Feind hassen. Ich aber sage euch: Liebt eure Feinde und betet für die, die euch verfolgen... Ihr sollt also vollkommen sein, wie es auch euer himmlischer Vater ist“ (Mt 5, 43–48).

Politisches Handeln, wenn es mit konkreten und entschiedenen Optionen verbunden ist, schafft nicht nur Gegner, sondern auch Feinde. Der Christ, der seine Nächstenliebe in den politischen Raum hineinträgt, wird unvermeidlich Feinde bekommen; Jesus selbst hat sie gehabt. Aber es soll eine Feindschaft sein, die mit Liebe verknüpft ist. Ist diese Forderung nicht ein „hölzernes Eisen“? Ich meine nicht. Es geht Jesus darum, unter den Seinen die Feindschaft nicht das letzte in der Beziehung zum anderen sein zu lassen. Feindesliebe bedeutet: den Willen zur Verteufelung, zur „Dämonisierung“ des anderen überwinden; den Wunsch, ihn zu vernichten oder zu zerstören, aufgeben; ihn wieder als Person achten, ja sogar – wie Paulus einmal sagt – als „Bruder, für den Christus gestorben ist“.

Es geht hier nicht um vorschnelle Harmonisierung und Glättung aller Gegensätze. Konflikte müssen ausgetragen und ausgestanden werden, und das braucht seine Zeit. Dies ist ein langer, oft mühseliger Prozeß; aber ein Prozeß, der von Christus her ein klares Ziel hat: die Feindschaft zu beenden. Wenn es gelingt, diesen Prozeß christlich durchzustehen, könnte auch am Ende einer politischen Feindschaft so etwas wie Vergebung und Versöhnung stehen. Das ist dann etwas ganz anderes als die zu Recht abgelehnte Überkleisterung von Differenzen und Konflikten; es ist viel eher das mühsame, aber in christlicher Hartnäckigkeit erkämpfte Ziel eines Kampfes.

5. *Politisches Handeln zwischen Parteilichkeit und Einigkeit.* Konkretes politisches Handeln schafft nicht nur Feinde, sondern spaltet oft Familien, Gruppen, Kommunitäten, Gemeinden, Kirche. Aus diesem Grund stößt ein solches Handeln in der Kirche auch meist auf Widerstand. Und man kann sich dabei gerade auf Paulus berufen, für den die Einheit der Gemeinde das Zeichen des Heiligen Geistes war, das Kriterium, ob ein Charisma wirklich aus dem Geist Gottes oder aus dem eigenwilligen menschlichen Geist stammt (vgl. 1 Kor 12).

Dennoch: Auch Paulus vertrat nicht Einheit um jeden Preis. Sie hatte nur Gültigkeit, wenn sie mit einem anderen Kriterium des Heiligen Geistes übereinstimmte: ob nämlich ein Handeln der Botschaft Jesu von der allein heilbringenden Liebe Gottes gerecht wurde oder nicht. Der scharfe Konflikt mit Petrus in Antiochien (vgl. Gal 2, 11 ff.) und seine dauernden Auseinandersetzungen mit den Judenchristen um die Freiheit vom Gesetz zeigen deutlich genug, daß die Einheit

der Gemeinde nicht um den Preis des Verrats an der Botschaft Christi bewahrt werden durfte.

Was bedeutet dies für unser politisches Handeln als Kirche? Ich möchte drei Konsequenzen aus dieser Praxis des Paulus ziehen:

a) *Unterscheiden* lernen, ob eine bestimmte politische Angelegenheit so unmittelbar die Botschaft des Evangeliums berührt, daß um ihretwillen die Sorge um die Einheit der Gemeinde zu Recht relativiert, d. h. auf sie bezogen werden darf. Das setzt für den Christen wiederum gründliche Meditation des konkreten Problems im Angesicht des Evangeliums voraus; es setzt suchendes, hinhörendes, klärendes Gespräch mit anderen Überzeugungen innerhalb der christlichen Gemeinde voraus (und nicht nur mit solchen, die einen ohnedies nur bestätigen). Dabei geht es keineswegs um möglichst große „Ausgewogenheit“ und Gleichmacherei, wohl aber um größtmögliche Gerechtigkeit und Wahrhaftigkeit dem jeweils anderen Standpunkt gegenüber. In unserer gegenwärtigen Situation scheint gerade die Frage des gemeinsamen menschlichen Überlebens in Frieden, in Gerechtigkeit und in menschenwürdiger Umwelt eine Angelegenheit zu sein, die nicht um einer (oft nur vordergründigen) Einheit willen aus der kontroversen Diskussion unserer Gemeinden ausgeklammert werden darf. Vielmehr steht hier ihr Bekenntnis zu Jesus Christus als dem einzigen Herrn der Geschichte auf dem Spiel.

b) Unsere Gemeinden und ihre Verantwortlichen *konfliktfähig* machen. Das bedeutet im einzelnen: die Angst vor Auseinandersetzung nehmen; einen menschlichen Stil der Konfliktaustragung kultivieren; die Sprechsituation der anderen verstehen wollen; zu einer Gesprächsatmosphäre beitragen, die das Gefühl vermittelt, ernst genommen zu werden, frei seine Meinung äußern zu können, ohne gleich abgestempelt, eingeordnet oder abgeschoben zu werden. Das alles verhilft zu einer notwendigen Enttabuisierung des politischen Konflikts in der Kirche und zugleich zu einer christlichen Kultur der Konfliktbewältigung, die exemplarisch für unsere Gesellschaft sein könnte.

c) *Rücksicht* nehmen auf die „Schwachen“ einer Gemeinde im Sinn des heiligen Paulus (vgl. Röm 14 und 15), also z. B. auf die, die mit dem besten Willen nicht mehr verstehen können, was sich alles in unserer Gegenwart tut. Das sind vornehmlich die *Alten* in unseren Gemeinden, für die die Kirche oft noch der einzige Ort der Teilhabe an gesellschaftlicher Öffentlichkeit darstellt; wir sollten darauf achten, sie nicht noch mehr in ihre zunehmend stärker werdende gesellschaftliche Isolation zu stoßen. Auf der anderen Seite muß man aber auch gerade die *Jungen* in unseren gegenwärtigen, oft überalterten deutschen Gemeinden zu den „Schwachen“ zählen: Sie, die noch nicht voll in den Wirtschaftsprozeß integriert sind, empfinden häufig viel intensiver den Widerspruch zwischen ihrem Glauben und unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit; zugleich aber haben sie noch wenig Positionen und Einflußmittel, um ihre Vorstellungen durchsetzen zu können. Es hängt hier sehr viel von der Sensibilität einer Gemeinde ab, ob sie ihre

jungen Leute, die andere politische Möglichkeiten sehen und neue, vielleicht auch utopische Wege gehen wollen, nicht völlig blockiert und in einem behäbigen bürgerlichen Milieu erstickt. Dann braucht man sich nicht zu wundern, daß häufig gerade der aufgeweckteste Teil unserer Jugendlichen der Gemeinde enttäuscht den Rücken kehrt.

Um hier nicht mißverstanden zu werden: Bei aller gebotenen Rücksichtnahme ist dennoch nicht das Ideal einer christlichen Gemeinde der „kleinste gemeinsame Nenner“ im politischen Bereich. Denn in einem solchen Fall (der leider bei uns der übliche ist) werden alle Konflikte entweder überhaupt vermieden oder möglichst schnell unter den Teppich gekehrt. Das Ideal einer Gemeinde ist schlicht die Treue in der gemeinsamen Nachfolge Jesu „um des Reiches Gottes willen“. Diese Treue kann unter Umständen auch durchaus trennend wirken. Wo z. B. keine Bereitschaft mehr wahrzunehmen ist, andere, ungewohnte Überzeugungen zur Kenntnis zu nehmen und auf sie einzugehen, wo also eine Selbstverhärtung das Gespräch unmöglich macht, muß eine Gemeinde auf solche Leute auch verzichten können; sie haben sich dadurch selbst „exkommuniziert“ (was durchaus auch für die Verantwortlichen einer Gemeinde gilt).

Den Abschluß dieser Skizze, die sicher viele Fragen offenläßt, soll ein Abschnitt aus dem Synodentext „Unsere Hoffnung“ bilden, in dem noch einmal der letzte Maßstab politischen Handelns aus christlichem Glauben heraus deutlich wird: „Die Verheißungen des Reiches Gottes sind nicht gleichgültig gegen das Grauen und den Terror irdischer Ungerechtigkeit und Unfreiheit, die das Antlitz des Menschen zerstören. Die Hoffnung auf diese Verheißung weckt in uns und fordert von uns eine gesellschaftskritische Freiheit und Verantwortung, die uns vielleicht nur deswegen so blaß und unverbindlich, womöglich gar so ‚unchristlich‘ vor kommt, weil wir sie in der Geschichte unseres kirchlichen und christlichen Lebens so wenig praktiziert haben. Und wo die Unterdrückung und Not sich – wie heute – ins Weltweite steigern, muß diese praktische Verantwortung unserer Hoffnung auf die Vollendung des Reiches Gottes auch ihre privaten und nachbarschaftlichen Grenzen verlassen können.“